

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 47

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

ken wurde 1940 und 1945 erweitert, 1946 wurden die Volkskommissariate in Ministerien umgewandelt, 1944 erhielten die Unionsrepubliken das Recht, eigene Militärformationen zu bilden und an internationalen Leben als selbständige Subjekte teilzunehmen (innenpolitisch natürlich völlig belanglos, verstärkte aber die Position Moskaus in der Uno), nach 1956 machte sich die «Dezentralisierungstendenz» bemerkbar (im wesentlichen eine neue Verwaltungsgliederung, die gleichzeitige Zentralisierung von Planung und Kontrolle schränkt die «Autonomie» der Republiken und Gebiete weiterhin ein, deren neue Befugnisse vor allem auf Uebernahme der Administrationskosten beruhen — siehe KB Nrn. 23, 29 und 42).

Dazu kommen selbstverständlich die wichtigen Umschichtungen in der Gesellschaft, die in Zukunft ohne Umweg über den Staatsapparat von der Partei direkt beherrscht wird, wobei das Privatleben bis in jedes Detail unter Kontrolle der KP gerät (siehe die verschiedenen Beiträge zum neuen Programm der KPdSU).

Das ist in Stichworten die veränderte Ausgangslage, welche eine neue Verfassung erfordert. Dass sie im Verlauf der nächsten Jahre ausgearbeitet wird, unterliegt keinem Zweifel. Ihre wichtigsten Änderungen und Ergänzungen lassen sich anhand sowjetischen Veröffentlichungen wenigstens in den Grundzügen voraussagen. Das Parteiprogramm und die Regierungspolitik der Chruschtschew-Aera geben weitere Anhaltspunkte. Dazu kommt bemerkenswerter Weise noch die 1960 angenommene tschechoslowakische Verfassung, die für die moderne Tendenz der kommunistischen Gesetzgebung in einigen Aspekten sehr charakteristisch ist und nach dem richtunggebenden 21. Kongress der sowjetischen Bruderpartei entstanden ist.

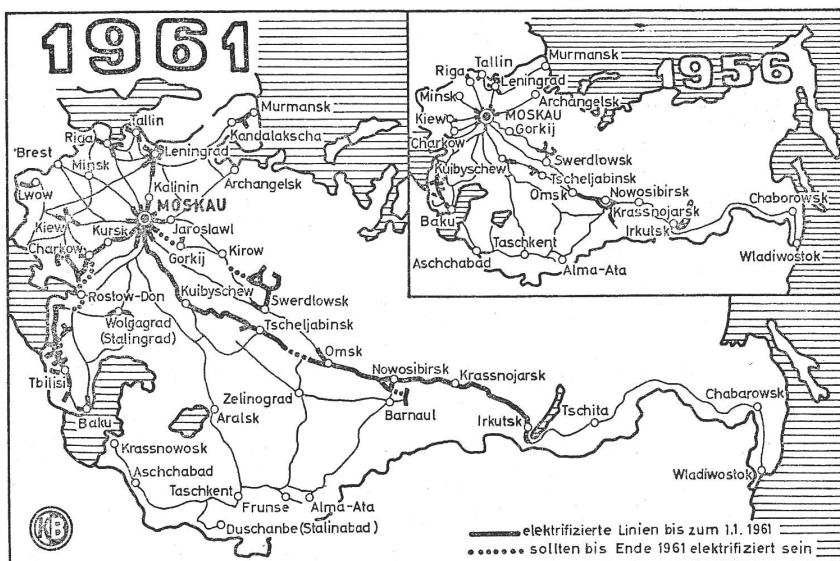
Die nächste Untersuchung wird den vorausschaubaren Merkmalen (daneben gibt es noch strittige Punkte, die im gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu Spekulationen Anlass geben können) der zukünftigen sowjetischen Verfassung gewidmet sein.

Verkehr

UdSSR Generalplan der Elektrifizierung

Die Elektrifizierung des Eisenbahnnetzes nimmt innerhalb der sowjetischen Planung einen gesonderten Platz ein. Den allgemeinen Rahmen bildet hier nämlich nicht der Siebenjahresplan (wenn er auch Teilziele) definiert, sondern ein zwei Jahre zuvor aufgestellter Generalplan über 15 Jahre. 1956 war der Beschluss gefasst worden, der «Elektrifizierung (des Eisenbahnnetzes) als Grundlage der volkswirtschaftlichen Entwicklung» eine beschleunigte Förderung angedeihen zu lassen. Das bestehende elektrifizierte Netz von 5400 Kilometern sollte bis 1971 um nicht weniger als 40 000 km erweitert werden und würde damit alle wichtigen Verbindungsstränge längs und quer der Union umfassen.

Die bisherigen Ergebnisse, über die unsere Karte (einer im Herbst erschienenen Darstellung der «Prawda» entnommen) orientiert, lassen eine rechtzeitige wenn nicht vorzeitige Planerfüllung voraussehen. Aus Angaben des Verkehrsministers Beschtschew und neueren Veröffentlichungen



ergibt sich, dass in den ersten fünf Jahren des Generalplanes mindestens 500 bis 600 km über die in diesem Zeitraum vorgesehenen 8100 km hinaus elektrifiziert wurden. Zu berücksichtigen ist allerdings dass der 22. Parteikongress, zu dessen Eröffnung besondere Leistungen gefordert wurden, den Arbeiten noch eine gewisse zusätzliche Beschleunigung verlieh.

Ein Blick auf die Skizze zeigt als auffälligstes Merkmal des ersten Plandrittels die Fortschritte an der transsibirischen Eisenbahn, deren 5400 km vom Moskau bis Irkutsk nun durchgehend elektrifiziert sein dürften, da inzwischen wohl auch das noch punktiert angegebene Teilstück zwischen Tscheljabinsk und Omsk (genau zwischen den Städten Isyl-Kul und Makuschino) abgeschlossen worden ist. Der durchgehende Ausbau bis Wladiwostok wird etappenweise (Tschita und Chabarowsk) vor sich gehen. Diese Anstrengungen unterstreichen die Bedeutung der wichtigsten Verbindung (die «sibirische Lebensader») Moskaus mit dem Fernen Osten. Sie ist nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine militärisch-strategische Unentbehrlichkeit geworden. Nun können, wie die «Prawda» ausführt, die Güterzüge zwischen der sowjetischen Hauptstadt und Irkutsk um 48 Stunden schneller verkehren als zuvor. (Die Klagen dieses Sommers über mehrmonatige Verspätungen von Material- und Warenverschiebungen im sibirischen Raume lassen allerdings diesen beträchtlichen Zeitgewinn etwas kleiner erscheinen: nicht nur die potentielle Schienenleistung, sondern auch das Transportmaterial und die bürokratische Transportorganisation spielen ihre Rolle.)

Die zweite abgeschlossene Strecke ist jene zwischen Moskau und dem Erdölzentrum Baku am Kaspischen Meer. Die elektrifizierte durchgehende Nord-Süd-Verbindung wird erst mit dem Ausbau der Stränge nach Tallin und Murmansk abgeschlossen sein, immerhin noch lange vor der im neuen Zwanzigjahresplan projektierten Wasserverbindung zwischen dem Nördlichen Eismeer und dem Kaspischen Meer (siehe KB Nr. 44).

Ueberraschend wenig scheint im Vergleich zur Zentral- und Ost-UdSSR im europäischen Unionsteil ausgeführt worden zu sein. Ausser in der Umgebung der grossen

Industriezentren ist hier noch wenig geschehen. Beim Teilstück von Lwow (Lemberg) handelt es sich erst noch um die Elektrifizierung einer Strecke, die schon elektrisch betrieben worden war, als sie noch vor der Annexion zu Polen gehörte. Macht sich wohl immer noch die alte russische Taktik bemerkbar, die gegen den Westen «offene» Grenze durch vernachlässigte Wege zu schützen? Sicher allerdings entspricht die Priorität der Fernost- und Neulandgebiete der allgemeinen Politik der Chruschtschew-Aera, die in jenem immer noch wenig erschlossenen Riesenraum die eigentliche Zukunft der Union sieht.

Für den Güterverkehr spielt die Elektrifizierung schon jetzt eine ganz erhebliche Rolle, werden doch jetzt nahezu die Hälfte aller Transportgüter mit Elektro- oder Diesellokomotiven befördert (1955 noch 14,1 Prozent). Eine Umstellung auf Wechselstrom ist auf den Parteitag hin in grösserem Umfang vorgenommen (rund 1500 Kilometer) worden.

Was aber anscheinend dem Tempo der Elektrifizierung nicht zu folgen vermochte, ist die Herstellung von Lokomotiven. (Eine Hauptrolle spielen die Triebwagenwerke von Riga — siehe S. 5.) Hier spricht die Regierung von der Notwendigkeit einer wesentlichen Produktionssteigerung, was auch für das übrige Rollmaterial gilt. Die Anlagen eines verbesserten Eisenbahnnetzes nützen wenig, wenn sie nicht ausgenutzt werden.

Ideologie?

Bulgarien

Achtung, Puppen!

Der sozialistische Geist in Bulgarien ist von Schaufensterdekorationen bedroht, nämlich von Puppen, die so gebaut sind, dass «sie die Leute direkt reizen».

Ueber die neue Gefahr, die nach Besiegung des Klassenfeindes aufgetaucht ist, berichtet «Narodna Delo» (Sofia) mit folgenden Worten.

«... In diesem Artikel werden wir uns mit der Frage befassen, auf welche Weise unsere Handelsorganisationen der Bevölkerung verschiedene Waren anbieten und ob die Reklame die beim Verkauf der Ware

gemacht wird, zur sozialistischen Erziehung der Bevölkerung beiträgt. Es handelt sich um die zahlreichen Schaufenster der Geschäfte in Wana.

Wir wollen die Aufmerksamkeit der Leser nur auf einige dieser Schaufenster lenken. Hier ist das neue Textilgeschäft auf dem Platz des '9. September'. Welches Ziel verfolgen alle diese Schaufensterpuppen, die da ausgestellt und mit verschiedenen Regenbogenfarben auf bestimmten Körperteilen geschmückt sind? Vor allem muss darauf hingewiesen werden, dass die Puppen so gebaut sind, dass sie die Leute direkt reizen. Sie sind eine naturalistische Darstellung des Menschen, wie sie momentan im dekadenten Westen als moderne Kunst betrachtet wird. Diese Schaufensterpuppen propagieren alles mögliche, nur nicht die Waren, die sie propagieren sollen...

Wir dürfen nie vergessen, dass schädliche Fremdkörper mit Hilfe von Dingen, die auf den ersten Blick ganz harmlos aussehen, in den sozialistischen Geist und die sozialistische Erziehung eindringen können... Es ist höchste Zeit, dass die Leitung der Handelsorganisationen... die notwendigen Massnahmen ergreift, um unseren sozialistischen Handel von fremden Einflüssen zu säubern...

In Bulgarien, wo die Kaufkraft der Lewa nach dem Vorbild des neuen Rubels ab 1. Januar 1962 um das Zehnfache erhöht wird, sind die offiziellen Preislisten für verschiedene Verbrauchswaren erschienen. Sie lassen erkennen, dass die Währungsreform wenigstens vorläufig nicht mit einer Preismanipulation verbunden wird. Das Verhältnis 10:1 wird im allgemeinen genau eingehalten. Wo die ungerade Zahl von Stotinki (die «Rappen» der Lawa, die ebenfalls eine Hunderterteilung enthält) eine Bruchstelle bedingen würde, ist eher ab- als aufgerundet worden. (Das rechtzeitige Erscheinen und die Vollständigkeit der verbindlichen Warenpreise können als relativ sicheres Indiz für die Ehrlichkeit einer Währungsreform im kommunistischen Machtbereich gewertet werden.)

In der Sowjetunion wurde ein neuer Apparat für künstliche Atmung entwickelt, bei dem die Luft automatisch in die Lungen gepumpt und auch abgesogen wird. Das ganze Gerät kann in einem Koffer verpackt werden.

Osthandel

Österreich Schädlingsimporte

Mit einem Transport von rund 30 000 Festmeter Rundholz aus der Sowjetunion kamen auch, wie festgestellt werden konnte, die gefährlichen Borkenkäfer nach Jennersdorf im Burgenland. Es handelt sich um ein Nadelholzgebiet, das nun von diesen, zur Massenvermehrung neigenden Waldschädlingen, der grössten Gefahr ausgesetzt ist. Da man im kommenden Jahr mit dem Import von 900 000 Festmeter derartigen Holzes zu rechnen hat, bereitet die forstwirtschaftliche Bundesversuchsanstalt in Schönbrunn ausführliche gesetzliche Regelungen vor, wie man der Einschleppung solcher Gefahren entgegenwirken soll. Der Alarm der österreichischen Stellen ist um so berechtigter, da es in Österreich gelungen ist, die Borkenkäfergefahr völlig zu beseitigen.

Lettische Sozialistische Sowjetrepublik

Geschichte: Lettland kam im 18. Jahrhundert zum russischen Reich: Südlettland (Livland) mit Riga durch den russisch-schwedischen Friedensvertrag (1721), Kurland 1795 durch die letzte Teilung von Polen, welche im sowjetischen Schulprogramm offiziell als «fortschrittlich» erklärt wird.

1918 wurde eine nationale Regierung in Riga errichtet, zugleich hat aber Moskau eine Exilregierung in Moskau bzw. in Pleskau errichtet, welche am 17. Dezember 1918 ein unabhängiges Sowjetlettland proklamierte, und am 22. Dezember 1918 wurde dieser Staat von der RSFSR anerkannt.

Die Sowjettruppen drangen 1919 in Lettland ein und durch das Zusammenwirken deutschbaltischer, deutscher, lettischer und russischer Freiwilligenverbände konnten sie zurückgedrängt und zur Anerkennung der Unabhängigkeit des bürgerlichen Lettlands gezwungen werden. Moskau musste am 11. August 1920 zum Frieden von Riga einwilligen.

Das weitere Schicksal Lettlands war gleich wie dasjenige Litauens (nach 1939): 5. Dezember 1939: Unterzeichnung eines Beistandspaktes mit der UdSSR; 16. Juni 1940: Note der Sowjetregierung über die Verletzung des Vertrages durch eine «faschistische, lettische Clique», worin die Errichtung einer Regierung verlangt wurde, die fähig wäre, den Beistandspakt auszuführen; 17. Juni 1940: Eindringen der Sowjettruppen in Lettland, um es «von Hitlers Angriff» zu verteidigen. 20. Juni 1940: Errichtung der nationalen Regierung; 21. Juni 1940: Grosskundgebung in Riga und Befreiung der politischen Häftlinge; 14. bis 15. Juni 1940: Wahlen und «Sieg des Blockes des werktätigen Volkes», d.h. der Volksfront unter den Kommunisten. Am 18. Juni 1940: eine Grosskundgebung fordert die Errichtung der Sowjetmacht und den Anschluss zur UdSSR. 21. Juni 1940: erste Sitzung des neuen Parlamentes, Ausruf der Sowjetmacht. 5. August 1940: Anschluss zur UdSSR. Mai 1945: «Befreiung Lettlands.»

Verfassung: Vom 25. August 1940, auf Grund der Sowjetverfassung von 1936. Grundlage der politischen Macht: verfas-

sungsmässig die Sowjets, praktisch die KP Lettlands, welche sich im März 1919 von der «Sozialdemokratie Lettlands» (SDLK) in KP umnannte und die Führung der Sowjetmacht in der damaligen Sowjetrepublik gleich übernahm. Sie hat schon anfangs 1939 den Umsturz vorbereitet: die 26. Konferenz im Februar 1939 entschloss sich zur Aufstellung einer Volksfront. Sie wurde am 8. Oktober 1940 in die KPdSU aufgenommen.

Fläche: 64 500 Quadratkilometer, mit 58 Rayons, ohne Gebietsabteilung. Hauptstadt Riga mit über 600 000 Einwohner.

Einwohner: 2 094 000 (1959), davon 56 Prozent Stadt- und 44 Prozent Landbevölkerung.

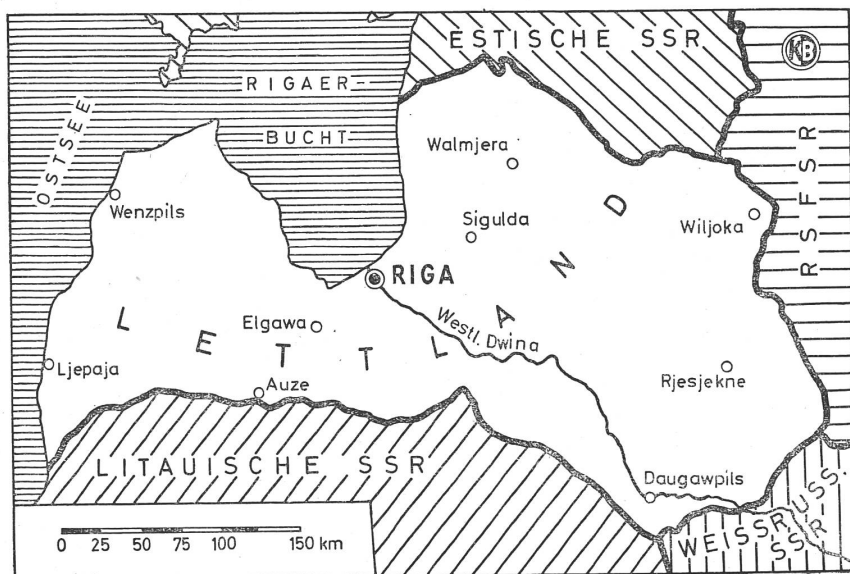
Bevölkerung: Letten 1,3 Millionen, Russen: 556 000, Weissrussen: 61 000, Polen: 60 000. Die Gesamtzahl der in der UdSSR lebenden Letten wird in 1,4 Millionen angegeben. Durch Deportationen 1940/41 und 1944/1950 erlitt Lettland verhältnismässig kleinere Schäden als Litauen. 1940/41 zirka 36 000, 1944/1950 zirka 50 000 bis 100 000. Immerhin fiel auch hier die Dezimierung schwer ins Gewicht.

Wirtschaft: In der Industrie hat die Metallverarbeitung seit der sowjetischen Annexion den ersten Rang eingenommen und umfasst heute über ein Viertel der industriellen Produktion. Holz und Holzverarbeitung spielen ebenfalls eine grössere Rolle.

Von unionswichtiger Bedeutung sind die Triebwagen- und Waggonwerke in Riga. Sie sollten bis Ende des Siebenjahresplanes die Hälfte des Zugsmaterials für elektrifizierte Strecken (siehe S. 4) produzieren, sind aber in den bisherigen Teilplänen hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die Herstellung von Strassenverkehrsfahrzeugen ist noch im Anfang. Im Aufbau begriffen ist die chemische Industrie.

Die Energiebasis beruht teils auf Wasserkraftnutzung, teils auf Torfabbau. Von Wichtigkeit sind Häfen und Schifffahrt.

Landwirtschaft: Intensive Milchwirtschaft und Viehzucht (besonders Schwenie). Die Kollektivierung wurde in den Jahren 1949/1950 durchgeführt.



Partei

Sowjetunion/Schweiz

Woogs Friedensdefinition

Der Friede auf der Welt hat laut Edgar Woog den Zweck, den Sieg des Kommunismus sicherzustellen.

Zu diesem Schluss gelangt der Sekretär der «schweizerischen» PdA in einem langen Artikel, der in der Novembernummer des «Kommunist» erschienen ist, dem Organ des Zentralkomitees der KPdSU. Unter dem Sammeltitle «Persönlichkeiten der internationalen kommunistischen Bewegung» sprechen über den 22. Kongress der KPdSU und ihr Programm. Woogs Beitrag wurde für wichtig befunden, seinen Platz neben den Ausführungen Kadars, Schiwkoffs, Ulbricht, Gheorgiu-Dejs, Schiroks, Thorez' und einiger weiterer grossen Genossen zu finden. Woog gehört zur internationalen Elite des Weltkommunismus, und wenn er schon die schweizerischen Werktätigen nicht hinter sich hat, so hat er doch Chruschtschew über sich.

(Togliatti, der die Angriffe auf die stalinistischen Parteifeinde in Italien nicht zum Allgemeingut seiner nationalen Partei-gruppe machte, kommt in der Sondernummer des «Kommunist» natürlich nicht zum Wort.)

Es ist die heilige Pflicht aller Werktätigen, aller Kommunisten, aller friedliebenden und fortschrittlichen Menschen, so schliesst Woog seinen Artikel, «die Kriegshetzer zu bändigen, die allgemeine und vollkommene Abrüstung zu erlangen und den Frieden auf Erden zu sichern. Der Friede wird den Sieg des Kommunismus sicherstellen, und der Kommunismus wird den Sieg des Friedens sichern.»

Das kommunistische Loblied erklingt auch in der Einleitung: «Wir leben nicht nur in der entscheidenden, sondern auch in der schwierigsten Epoche der Menschheitsgeschichte, in der Epoche des Ueberganges vom Kapitalismus zum Sozialismus und vom Sozialismus zum Kommunismus. Es ist unsere Aufgabe, für immer mit der Aus-

beutung des Menschen durch den Menschen, mit dem Krieg, dem Hunger und Elend ein Ende zu machen. In einer solchen Zeit brauchen die Menschen und vor allem die Arbeiterklasse und ihre Avantgarde, d.h. die kommunistischen und Arbeiterparteien (immerhin ist nach neuer Definition in der Sowjetunion die KP nicht mehr Vorhut der Arbeiterklasse, sondern des gesamten Volkes), einen sichern Kompass. Und dieser Kompass ist der Marxismus-Leninismus. *Aber der Marxismus-Leninismus ist weder Dogma noch Rezeptionsammlung, sondern eine Anleitung zur Aktion* (d.h. u. a. seine Wahrheiten sind je nach Bedarf zu interpretieren). Die Anwendung des Marxismus unter den Bedingungen der sich ständig entwickelnden fortschrittlichen Gesellschaft verlangt eine richtige Analyse der Umstände und zieht daraus die richtigen Schlussfolgerungen. Dafür ist das neue Parteiprogramm der KPdSU ein Beispiel. Sie bedeutet für alle kommunistischen und Arbeiterparteien, für die ganze internationale Arbeiterbewegung (eine nicht kommunistische Arbeiterbewegung kann einfach keine Arbeiterbewegung sein) im Kampf für Frieden und Fortschritt eine sichere Orientierung, welche die allgemeine Richtung und die richtigen Wege zeigt.»

Soweit wendet sich Woog an die sowjetischen Leser der Moskauer Parteizeitschrift. Aber er denkt auch an die andern und entwickelt hernach Gedanken von nahezu föderalistischer Natur, die der verdammten titoistischen These vom nationalen Kommunismus nahezukommen scheinen. Doch sind daraus keine falschen Schlüsse zu ziehen. Die sowjetische Parteispitze verurteilt solche propagandistisch günstigen Erklärungen niemals in der «Diaspora», wo sie als taktisches Mittel zum strategischen Ziel der zentralen Allmacht dienen, sondern nur im kommunistischen Machtbereich, wo sie Auflehnung bedeuten.

Im übrigen sind Woogs Formulierungen zu behutsam, um die gegenwärtige Definition des Revisionismus zu erfüllen:

«Natürlich sind nicht alle Wege gleich; die einen führen durch eine kompliziertere Landschaft (wo man die Klassenfeinde noch nicht direkt liquidieren kann), die andern durch eine einfachere. Jedes Land muss von seinen eigenen Voraussetzungen ausgehen und jede Partei muss selbständig den Weg durch diese Landschaft und die richtigen Formen und Methoden zur Überwindung der Schwierigkeiten finden. Offensichtlich sind die Bedingungen in der Schweiz nicht die gleichen wie in Frankreich oder Italien, und diese wiederum sind verschieden von jenen in England, von denen sich auch die in den USA abheben...

Das neue Parteiprogramm der KPdSU verpflichtet alle kommunistischen und Arbeiterparteien, auch jeden einzelnen Kommunisten, die Bedingungen in seinem Lande zu erforschen. *Einzig* das schöpferische Erfassen der Thorie, die selbständigen revolutionären Folgerungen daraus und die revolutionären Aktionen (man wird sich in der Schweiz nicht darauf berufen können, über die Absicht der PdA im Unklaren gelassen worden zu sein) werden den einzelnen Parteien und Genossen helfen, die vor ihnen stehenden Aufgaben zu lösen.»

Als Hitler vom Frieden sprach...

Gebrauchsterminologie im Osten

Mittelbauer

Ein wirtschaftlicher, politischer, rechtlicher und sozialer Begriff. Der Bauer, welcher sein Gut selbst bearbeitet und im Unterschied zum Kulaken nur *zeitweilig* zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt, «aber nicht ausbeutet». Mit dieser Definition ist das Wort allen dialektischen Veränderungen ausgesetzt. Ideologisch und politisch ist der Mittelbauer der «Verbündete» der Arbeiterklasse gegen die Kulaken (siehe KB Nr. 46), praktisch wird er aber oft selbst als Kulak, oder dann als «Armbauer» (Kleinbauer) betrachtet. Zu Stalins Zeit war die erstere, darnach die letztere Behandlungsweise die Regel.

Die Mittelbauern wurden bei der Kollektivierung gleich in die LPGs aufgenommen, wo sie auch Vorstandsposten bekleiden können (die Kulaken theoretisch nach zwei Jahren, praktisch nie).

Während es zur Bestimmung der Kulakenkategorie gewisse lockere Rechtsnormen gab (Grösse von Besitz oder Ertrag), gibt es zur Definition des Mittelbauern keine verbindlichen Anhaltspunkte. Deshalb brauchte die Partei bei ihrer unterschiedlichen Politik dem Mittelbauern gegenüber überhaupt keine formelle Rücksichtnahme.

Landwirtschaft

SBZ

Tuberkulose im Stall

Nach Feststellungen des sowjetzonalen Landwirtschaftsministeriums sind 48 Prozent aller in der SBZ vorhandenen Rinder an Tuberkulose erkrankt. Wegen der schlechten Stallverhältnisse und des ungeschulten Pflegepersonals ist es äusserst schwierig, fbc-freie Bestände zu schaffen, weil immer wieder positive und negative Tiere auf der Weide oder in den Ställen zusammengetrieben werden.

Stark verbreitet unter den Rinderbeständen der Zone ist auch die Verkalbe-Seuche (abortus bang), von der 37 Prozent der Kühe befallen sind. Diese Seuche ist nicht nur schwer zu bekämpfen, sie bringt auch starke Rückschläge in der Milchposition mit sich.

BRIEFE

14 Geschichtsthemen der SBZ

Ein Leser, vor seiner Flucht nach dem Westen zehn Jahre Lehrer in der SBZ, schreibt:

An einem Beispiel soll gezeigt werden, wie übel es den etwa 80 000 Lehrern in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik ergeht.

Ihnen werden wahre ideologische Purzelbäume zugemutet. Für die Zeit bis zu den Winterferien — das Wort «Weihnachtsferien» wird gern vermieden — wurden die verbindlichen Lehrpläne kurzerhand über den Haufen geworfen. In allen Klassen muss z.B. der gerade noch behandelte Geschichtsstoff sofort abgebrochen werden, und 14 genau umrissene Themen sind zu behandeln, alle mit dem Ziel, vor den Kindern die gefährliche Politik des Kremls und seiner Satelliten zu rechtfertigen. Mehrere hunderttausend Kinder erhalten

Mitteilung an die Leser

Wir machen die Leser auf die Möglichkeit aufmerksam, ihren Freunden und Bekannten ein

GESCHENKABONNEMENT	
für die Wochenzeitung	DER KLARE BLICK
für	
von	
gültig für das Jahr 196...	

zukommen zu lassen. Wir bitten lediglich um Namen und Adresse des Beschenkten. Die Geschenkkarte wird von uns selbst ausgefüllt. Die Rechnung wird dem Schenkenden gelegentlich zugestellt.

Administration «Der klare Blick»

danach zur gleichen Stunde in der Adventszeit eine Belehrung unter der Ueberschrift «Die Friedenstaube muss auch Krallen haben». Dazu muss man wissen, dass diese weisse Friedenstaube — nach einem Gemälde von Picasso — zum Symbol der «Friedensbewegung» nach kommunistischem Schema wurde. Das hübsche Tierchen, auf friedlich-blauer Fahne, es fehlte in keinem Versammlungsraum, in keiner Schule, in keinem Bilderbuch, es wurde besungen und von Kinderhänden nachgezeichnet. Es ist überall dort zu finden, wo die Kommunisten versuchen, aus der Friedenssehnsucht aller einfachen Menschen für ihre Ziele Kapital zu schlagen.

Jetzt entlarven sie selbst ihre Ansicht vom Frieden, und Hunderttausende Kinder sind Zeugen, wenn sie offen auf die Krallen deuten. Denn dort trägt jener gefährliche «Friedensvogel» nun für alle Menschen sichtbar die todbringende Atombombe. Im Schatten seiner Fittiche sollen sich Furcht und Schrecken verbreiten.

Man sollte dem Vogel die Krallen beschneiden. D.W.

Die Zirkusnummer war importiert

Darf ich Sie noch auf einen Fehler aufmerksam machen, den ich im KB Nr. 46 festgestellt habe, und den ich Ihnen nicht mitteilen würde, wenn er mir in einer früheren Nummer nicht schon einmal aufgefallen wäre: die Karikatur «Löwe und Dompteur», erschienen in der «Literaturen Front» (Sofia), wurde von der bulgarischen Zeitung der in Hamburg erscheinenden «Die Welt» entnommen, wo sie vor 14 Tagen erschienen ist. Auch auf der von Ihnen wiedergegebenen Karikatur erkennen Sie das Signum des Karikaturisten der «Welt», Fritz Hartung. Das ändert allerdings nichts an der Sensation, dass eine solche Karikatur, die einmal fair ist, in der Ostpresse überhaupt erscheint, zeigt andererseits aber vielleicht doch, dass die kommunistischen Karikaturisten (und nicht nur sie!), wenn sie einmal fair sind, ihre Gedanken bestimmt aus dem Westen geholt haben. W.St. in Dielsdorf ZH

Besten Dank für den Hinweis, der auch durch andere Leser aus Deutschland, Oesterreich und der Schweiz erfolgt ist. Der Vorwurf der Uninformiertheit, den wir uns dabei gefallen lassen mussten, trifft wenigstens unsere Abonnenten nicht, und wir freuen uns faute de mieux an diesem Teilerfolg. Auch dem treffsicheren Kommentar aus Dielsdorf hätten wir nichts beizufügen. 2:0 für die KB-Leser (den Satz aber, jede Zeitung habe die Leser die sie verdiene, haben nicht wir erfunden).

Red. KB

Recht

Bulgarien

Verfassung verschoben

Die beschlossene bulgarische Verfassungsreform ist verschoben worden, weil das sowjetische Vorbild noch nicht weit genug gediehen ist (siehe Untersuchung).

Vor der Volksversammlung erklärte Parlamentspräsident Ganeff, Vorsitzender der im März 1959 ins Leben gerufenen Verfassungskommission die Gründe für das Abwarten. Zunächst sei der achte bulgarische Parteikongress von 1962 das ge-

eignete Forum, um den neuen Text zu besprechen. Uebrigens aber hätten der 22. Kongress der KPdSU und das neue sowjetische Parteiprogramm auch neue Gesichtspunkte ergeben, die erst sorgfältig zu prüfen seien.

Die neue Verfassung soll ebenfalls ein Programm für den Uebergang vom Sozialismus zum Kommunismus enthalten.

Die neue Verfassung wird vermutlich eine ganze Reihe von Aenderungen enthalten. Von verschiedenen Seiten wurde die Vermutung geäußert, dass Bulgarien wahr-

scheinlich dem Beispiel der Tschechoslowakei folgen und sich in eine «Sozialistische Republik» verwandeln werde. Das Land ist praktisch völlig «sozialisiert», die gesamte Industrie verstaatlicht und die Kollektivierung der Landwirtschaft so gut wie abgeschlossen. Allerdings verfügt Bulgarien weder über die ausgebaute Industrie noch über das starke Industrie proletariat der Tschechoslowakei.

Festzustehen scheint, dass Chruschtschew keine Voreiligkeit bei den Satelliten will.

Planung

Tschechoslowakei Ein neues Gesicht

soll die tschechoslowakische Landschaft durch die Errichtung von sogenannten «Dorfzentren» erhalten, wenn sich die jetzt aufgenommenen Versuche in zehn Bezirken bewähren. Das Projekt war vor einem Jahr vom Partei-ZK vorgeschlagen worden, wurde vom Parlament angenommen und wird jetzt auf experimenteller Basis verwirklicht.

Drei bis vier Dörfer werden ein gemeinsames Gesundheits-, Kultur-, Sozial, politisches und Produktionszentrum haben. Als Zentrum muss ein grösseres und zu diesem Zweck am meisten geeignetes Dorf gewählt werden. Möglicherweise wird jenes Dorf zu diesem Zweck bestimmt, in welchem die notwendigen Gebäude schon teilweise erstellt sind.

In Zukunft sollen die LPG spezialisiert werden. Eine von ihnen wird sich nur mit Rinderzucht, die andere nur mit Schweinezucht usw. beschäftigen. Die notwendigen Wirtschaftsgebäude müssen also mit Rücksicht auf die Spezialisierungsmöglichkeiten erstellt werden. Nach dem Plan des Ministeriums für Lokalindustrie müssen alle Dorfzentren mit elektrischen Maschinen für die Reparatur von Schuhen, Strümpfen, Radios, Fernsehen usw. versorgt werden. Aber auch Wäschereien, chemische Reinigungsanstalten, Dienstleistungswerkstätten usw. müssen in den Dorfzentren Platz finden. (Jedermann muss sein zur Reinigung abgegebenes Kleid innerhalb einer Woche zurückbekommen.)

Justiz

Jugoslawien

Handwerker im Bann

In Jugoslawien wird ein neues Gesetz vorbereitet werden, das dem privaten Handwerk verbietet, Waren zu erzeugen, die auch in den staatlichen Fabriken und Handwerksgenossenschaften produziert werden. Darunter sind vor allem Lebensmittel, Chemikalien, Kunststoffserzeugnisse, Obst- und Gemüsekonserven sowie Fruchtsäfte zu verstehen. Ferner soll auch den privaten Handwerkern untersagt werden ihre Ware direkt im Detailhandel zu verkaufen, oder sich an Jahrmärkten und Mustermessen zu beteiligen.

Mit dieser Massnahme will man die wirkliche Konkurrenz des privaten Handwerkes ausschalten, mit der die schwerfälligen Staatsunternehmen nicht Schritt halten können. Dies ist übrigens aus jenem Vorschlag ersichtlich, wonach die von dem privaten Handwerk eingehobenen Steuern zur «Stärkung» der staatlichen Betriebe verwendet werden sollen.

Curriculum der Woche

WLADIMIR JEFIMOWITSCH SAMITSCHASTNI

Der neue Vorsteher des sowjetischen Staatssicherheitsamtes als Nachfolger von Schelepini (der jedoch nicht «abgesägt» ist, da er vom 22. Parteikongress zum Mitglied des Sekretariates und des Zentralkomitees der KPdSU ernannt wurde).

Geboren 1924. Studien am Chemisch-Technischen Institut von Kemerowo. Ab 1942 im Komsomol, ab 1944 in der Partei. 1947 bis 1950 Erster Sekretär des ZKs des LKSM (Kommunistischer Lenin-Jugendbund) der Ukraine. Ein wichtiger Teil seiner Karriere liegt im Komsomol: Von 1950 bis 1958 Sekretär, und dann bis März 1959 Erster Sekretär dieser gesamtsojetischen Jugendorganisation.

1949 bis 1952 Mitglied des ZKs der KP der Ukraine und Kandidat des ZK-Organisationsbüros, dessen Vorsteher damals Chruschtschew war. (Seit dieser Zeit bereits gilt Semitschastni als Günstling des jetzigen Parteichefs). Auf dem 20. Parteikongress 1956 Kandidat des ZKs der KPdSU, und auf dem aserbeidschanischen Kongress von 1960 Mitglied des ZK-Präsidiums dieser Republik, als deren zweiter ZK-Sekretär er seit August 1959 amtiert. Von März bis August jenes Jahres war er Leiter der Abteilung Parteiorane des ZKs der KPdSU für die Unionsrepubliken.

Zu den Taten Semitschastnis gehörte während seiner Tätigkeit als Komsomol-Führer die Rekrutierung von Jugendlichen für die Neulandgebiete. Er mobilisierte 350 000 junge Leute für Sibirien und Kasachstan, 400 000 weitere nach dem Norden und Osten des Landes. Unter seiner Leitung wurden im Dezember 1958 über 34 000 Jugendkollektive der kommunistischen Arbeit errichtet (zur Ueberfüllung der Produktionspläne). Ideologisch besonders seit dem Entstalinisierungskurs Chruschtschews 1956 aktiv (bekannt auch seine scharfen Angriffe gegen Pasternak 1958). Seit dieser Zeit auch in den Satellitenstaaten im Komsomolaufbau aktiv, indem er den Landesorganisationen direkte Weisungen erteilt, wobei er sich im Januar 1958 auf einem Kongress der «Volksjugend von Jugoslawien» sogar in die inneren Angelegenheiten dieses Verbandes einmischte.

Auf seinem bisherigen Posten in Aserbeidschan galt er nahezu als persönlicher Emissär Chruschtschews. Mehrere Auszeichnungen, darunter Leninorden.

Unser Memo

Dass der Westen nach kommunistischer Lesart für alle Missstände auf der Welt schuldig ist, ist wirklich nichts Neues. Aber zuweilen hat man doch noch Anlass über die Unverfrorenheiten der Verleumdungskampagne zu staunen. Ein kürzlicher Artikel der «Sowjetskaja Rossija» bot dafür Anlass. «Das Analphabetentum ist ein Kind des Imperialismus», lautet der Titel. In diesem Artikel werden schlicht die Prozentzahlen der Analphabeten in Asien (60 bis 65 Prozent) und Afrika (80 bis 85 Prozent) angeführt mit der Erklärung, dass dies das Resultat des westlichen Imperialismus darstelle. Beweis dafür ist die geringere Prozentzahl an Analphabeten in sozialistischen Ländern. Dass die Sachlage genau umgekehrt liegt, dass der Westen das Verdienst hat, dass die Prozentzahl der Lese- und Schreibkundigen etwa in Afrika nicht um Null herum liegt, dass eine, wenn auch ungenügende, Volksbildung überhaupt vorhanden ist, stört das sowjetische Blatt nicht im geringsten. Selbst der vehementeste Gegner der Kolonialpolitik wird ihr nicht vorwerfen, die Zahl der Analphabeten in Afrika erhöht zu haben. Wie selbststüchtig der westliche Kolonialismus immer gewesen sein mag (er ist es wohl kaum vollumfänglich gewesen), er war es doch, der Afrika jene Bildung brachte, die sich jetzt (soweit es sich um das legitime Unabhängigkeitsbedürfnis handelt — zu Recht) gegen ihn wendet. Ohne den westlichen Kolonialismus und Imperialismus (mit oder ohne Anführungszeichen spielt für diese Frage keine Rolle) wäre Afrika in einem noch ganz anderen Ausmass unterentwickelt als es ist. Zu vermerken ist, dass diese Selbstverständlichkeiten von den kommunistischen Quellen ebenfalls in aller Selbstverständlichkeit anerkannt werden, wenn es beispielsweise darum geht, den verderblichen Einfluss der Missionsschulen zu schildern. Freilich wird es am Westen sein, das Bildungsniveau in den ehemaligen Kolonialgebieten möglichst rasch soweit zu heben, dass solche Darstellungen wie die der «Sowjetskaja Rossija» sogleich entlarvt werden. Den in vielleicht etwas weniger primitiven Form noch hier und da hörbaren Einwand, Analphabeten seien für verleumderische Lektüre unzugänglich, kann man schon technisch zurückweisen: Es gibt auch Radio und gut ausgebildete Agenten. Vor allem aber ist er in seiner Grundkonzeption falsch. Die Kindlichkeit mag vielleicht manchen daran hindern, Anhänger des dialektischen Materialismus zu werden. Sie kann ihn aber nicht daran hindern, dessen Werkzeug zu werden. Im Gegenteil.

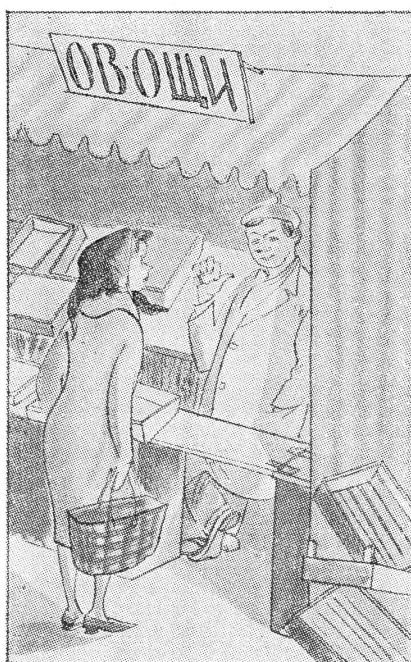
Ausrangiert

Die sowjetischen Eisenbahnen verfügen nicht nur über brandneue Leitungsmasten (siehe S. 4) sondern auch über viele Abstellgeleise, auf denen Nahrungsmittel verfaulen. Die Doppelkarikatur des «Krokodils» zeichnet ein Bild, das sich Jahr für Jahr auch in natura bietet:

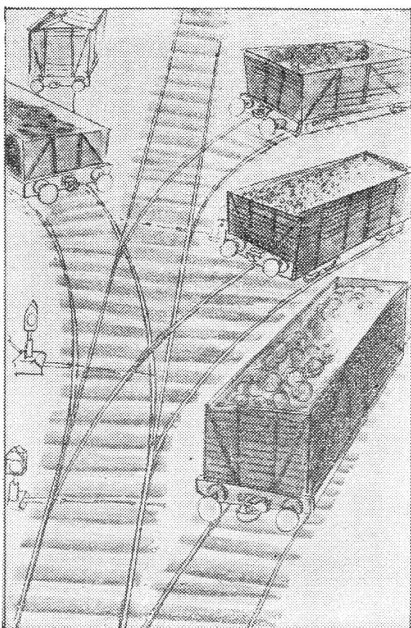
Die staatlichen Lebensmittelgeschäfte haben kein frisches Gemüse und Obst anzubieten, weil sie von den staatlichen (resp.

halbstaatlichen genossenschaftlichen) Einkaufsorganisationen nicht bedient werden, weil diesen gegenüber die Kolchosbauern keine profitlosen Lieferinteressen haben, sondern lieber mit kleinem Gewinn auf dem Kolchosmarkt frei verkaufen. Und weil zwischen Produzent und Konsument die Bürokratie die Ware nur auf dem Papier verschiebt, während sie in Wirklichkeit im Rangierbahnhof «lagert».

Auf dem Abstellgeleise steht übrigens seit diesem Herbst auch Chruschtschews Grossaktion gegen die Kolchospmärkte (was der KB übrigens vorausgesagt hatte — siehe Memo Nr. 26). Diesem letzten Markt, wo der Bauer den Ueberschuss aus LPG und Nebengewirtschaft direkt an den Käufer bringen kann, sollte noch im Frühling die-



— Wo ist das Gemüse?
— Es steht noch immer draussen.



ses Jahres der entscheidende Stoss versetzt werden. Im März stellte ein Dekret des Zentralkomitees den Privatverkauf auch des Mehrertrages ab und bestimmte spezielle Genossenschaften als obligatorische Einkäufer. Das hat sich in der Praxis so «bewährt», dass Chruschtschew jetzt im Herbst vor dem 22. Kongress der KPdSU umschwenkte:

«Einige Genossen schlagen vor, den Kolchoshandel zu verbieten, und noch eifrigere wollen, dass man den Handel überhaupt aufhebt und ihn durch eine allgemeine Verteilung ersetzt. Muss man da speziell darauf hinweisen, dass diese Genossen allzu weit vorgehen? Damit man den Uebergang zur direkten Verteilung verwirklichen kann, muss man erst die nötige materielle Basis, den Güterüberfluss schaffen. Solange das nicht besteht, können wir den Handel nicht nur nicht eindämmen, sondern müssen ihn im Gegenteil ausbauen und entwickeln. Auch den Kolchoshandel kann man nicht verbieten, denn er spielt eine beachtliche Rolle in der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung... Man muss die Arbeit der Genossenschaften verbessern, welche den Kolchosbauern bei der Absetzung ihrer Ueberproduktion behilflich sein müssen.»

Selbstverständlich umfasst der «Kolchoshandel» nicht nur den Kolchosmarkt, aber er umfasst ihn auch, und die Einkaufsgenossenschaften übernehmen in der neuen Version nicht mehr die ganzen Ertragsüberschüsse des Bauern, sondern «müssen ihm behilflich» sein, sie abzusetzen. Und um das zu tun müssen sie erst noch ihre Arbeit verbessern.

Chruschtschews umständliche Phrasierung widerspiegelt die umständlichen Verhältnisse im Versorgungssektor.



Dass die Situation in den Satelliten in bezug auf den staatlichen und privaten Sektor für landwirtschaftliche Frischwaren gleich ist, zeigt unsere weitere Zeichnung aus Ungarn («Figyelő», 15. November). Der staatliche Verkäufer verweist die Hausfrau auf der Suche nach Eiern an den privaten Stand.

Der Schnappschuss

Jugoslawien erwägt die Einführung von Raucherräumen in den Mittelschulen. Dies nicht zur Förderung des Lasters, sondern zu seiner Bekämpfung. Man will ihm auf diese Art einfach den Reiz des Verbotenen nehmen. Die Belgrader «Mladost» erhielt auf eine diesbezügliche Umfrage Mitte November von Pädagogen, Aerzten und Schülern unterschiedliche Antworten mit vielfältigen Begründungen. Allerdings scheint sich der grösste Teil der befragten Fachleute gegen den Vorschlag gewandt zu haben, so dass seine Verwirklichung zum mindesten noch nicht akut scheint.